ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

von Gadolin, Axel

Article — Digitized Version

Die Rolle des Staates in der finnischen Wirtschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: von Gadolin, Axel (1957) : Die Rolle des Staates in der finnischen Wirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 37, Iss. 6, pp. 340-343

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/132488

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Die enge Verflechtung der polnischen Wirtschaft mit beiden Teilen Deutschlands — wobei die Bundesrepublik gegenüber der Sowjetzone 1956 stark aufgeholt hat — bietet angesichts der günstigen natürlichen Ergänzungsmöglichkeiten und der standortmäßigen Verflechtung der beiden Wirtschaftsräume für die künftige Gestaltung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen nach der Wiedervereinigung aussichtsreiche Perspektiven. Die Wirtschaftsbeziehungen werden sich allerdings zum beiderseitigen Vorteil nur dann ausbauen lassen, wenn Polen eine Reorganisation seines Wirtschaftssystems und seiner Produktionspolitik unter strengster Beachtung des Rentabilitätsprinzips in allen Produktionszweigen durchführt. Eine Wendung zum Besseren kann nur erwartet werden, wenn Industrie und Landwirtschaft mehr, aber vor allem besser und billiger produzieren.

Das Problem der Beseitigung der gegenwärtigen Disproportionalitäten durch Förderung und Erhöhung der Produktivität der Landwirtschaft und der Konsumgüterindustrie sowie Rationalisierung des gesamten Produktionsapparates steht im Mittelpunkt der Diskussionen im Zuge der Vorbereitung des Fünfjahresplanes für 1956—1960.

Die Entwicklung der polnischen Außenwirtschaft ist durch eine passive Handels- und Zahlungsbilanz gekennzeichnet, die Gomulka als „Situation eines insolventen Bankrotteurs" charakterisiert. [1]) Polen sah sich außerstande, die ihm für Investitionszwecke gewährten Kredite zurückzuzahlen, obwohl die Rückzahlungsfrist gekommen war. Das ist die Folge einer Politik, die es nicht vermocht hat, durch ihre Investitionskredite die Produktion so auszuweiten, daß die Rückzahlung aus der Mehrproduktion bestritten werden kann.

AUSLANDSHILFE

Eine zeitgerechte rationelle Nutzbarmachung der in Polens Landwirtschaft, Bergbau und Industrie noch vorhandenen Produktionsreserven erscheint ohne umfangreiche und großzügige ausländische Hilfe nicht möglich. Die von der Sowjetunion an Polen im Abkommen vom November 1956 gewährte materielle und finanzielle Unterstützung — 1,4 Mill. t Getreide auf Kredit und ein weiterer Kredit von 700 Mill. Rubel — bei gleichzeitiger Streichung der bis zum 1. November 1956 aufgelaufenen, offenbar recht bedeutenden polnischen Kreditschulden, haben sich als völlig unzureichend erwiesen. Im Mai 1957 hat darum Gomulka beim Kreml erneut um eine Wirtschaftshilfe nachgesucht, nachdem die seit März mit den USA laufenden Verhandlungen über einen größeren Kredit noch zu keinem positiven Abschluß gekommen sind. Nach Ansicht polnischer Wirtschaftssachverständiger braucht Polen, um eine größere Wirtschaftskrise abzuwenden, mindestens 300 Mill. $ in Devisen und Kredit, das ist dreimal soviel wie die USA Polen angeboten haben. Polen ist im Hinblick auf die dringend notwendige Modernisierung seines Kohlenbergbaus vor allem an dem Bezug von Bergbaueinrichtungen interessiert. Nachdem vor wenigen Wochen ein Abkommen über Lieferung von Bergbauausrüstungen für Braunkohlengruben mit der Sowjetzone abgeschlossen worden war, ist nunmehr eine ähnliche Vereinbarung mit der Tschechoslowakei für den Steinkohlenbergbau zustande gekommen. In beiden Fällen werden die an Polen langfristig gewährten Investitionskredite mit Kohle zurückgezahlt. Verhandlungen über entsprechende Kredite sind inzwischen auch mit einer französischen und einer belgischen Gruppe aufgenommen worden. Da die von den Belgiern in Aussicht gestellten Kredite unzureichend sind, laufen Bemühungen, auch westdeutsches Kapital für dieses Projekt von 30 bis 40 Mill. $ zu interessieren. In Warschau scheint man offenbar bereit, bei der Absprache der Preise und bei den Rückzahlungsmodalitäten westdeutschen Wünschen so weit wie möglich Rechnung zu tragen.

Heute ist sowohl der Westen als auch der Osten daran interessiert, das Gomulka-Regime zu erhalten, weil sein Zusammenbruch zu einer unermeßlichen Katastrophe im Herzen Europas führen müßte. Nur wenn in Polen einigermaßen befriedigende Wirschaftsverhältnisse herrschen und der freizügigere Kurs fortgesetzt werden kann, besteht die Aussicht, daß auch die ungelösten Fragen zwischen Deutschland und Polen eine für beide Seiten annehmbare Regelung finden werden. Dabei erscheint es durchaus denkbar, daß ein deutsches Entgegenkommen wirtschaftlicher Natur dazu beitragen könnte, eine günstigere Atmosphäre auch für spätere politische Verhandlungen zu schaffen.

[1]) Vgl. Trybuna Ludu, Warschau, 21. Oktober 1956.

Die Rolle des Staates in der finnischen Wirtschaft

Dr. Axel von Gadolin, Helsinki

Unter den nicht-kommunistischen Ländern Europas dürfte der finnische Staat bei weitem der größte Grundbesitzer sein. Reichlich 10 Mill. ha Land, davon 7,2 Mill. ha Wald, befinden sich in Staatseigentum: das ist nicht weniger als ein Drittel des finnischen Bodens. Dieser Zustand ist aber keineswegs die Folge einer modernen Sozialisierungspolitik, sondern das Ergebnis einer langen geschichtlichen Entwicklung. Die Zivilisation drang während der vergangenen Jahrhunderte nur allmählich von Süden her in den fast menschenleeren Norden Finnlands vor, wo Finnen und Lappen ohne die geringste Vorstellung von einer Grundbesitzordnung Jagd und Fischerei betrieben. Die „Kultivierung" des Landes wurde seit den Tagen von Gustav Wasa hauptsächlich vom Staat getragen, und es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die gewonnenen Landstriche zum Staatseigentum erklärt wurden. Im Zuge einer systematischen Ansiedlungspolitik gingen erst nach und nach Teile des Landes in Privatbesitz über.

Die Bauern wanderten weit langsamer nach Norden, als die vom Staat vorangetriebene Kultivierung des Landes fortschritt. So kommt es, daß der Staat auch heute noch ein Drittel der Landesoberfläche besitzt, darunter den größten Teil der riesigen Provinz Lappland. Straßenbau, Eisenbahnverkehr, Stromregulierungen und Flößerei oblagen der staatlichen Initiative.

HOLZVEREDELUNG

Unter diesem Aspekt war es deshalb ganz natürlich, daß der Staat von Anfang an großen Anteil am Holzeinschlag und an der Holzindustrie hatte. Seit je sind für die Preisbildung von Rohholz die staatlichen Holzauktionen maßgebend. Aus nationalen Erwägungen kaufte der Staat dann 1918 die Aktien der norwegischen Holzveredelungsfirma W. Gutzeit & Co., der einzigen ausländischen Gruppe in der finnischen Holzveredelungsindustrie, auf. Dadurch entstand der große staatliche Holzveredelungskonzern Enso-Gutzeit AG, der über zahlreiche Fabriken und Tochtergesellschaften verfügt. Die Jahresproduktion dieses Konzerns umfaßt u. a. über 300 000 t ungebleichte Sulfatzellulose, rd. 200 000 t Papiererzeugnisse, rd. 160 000 t Kartonerzeugnisse, rd. 60 000 t ungebleichte Sulfitzellulose und etwa 100 000 Standards Schnittholz. Zu diesem Konzern gehören neben allen Arten von Holzveredelungsbetrieben auch Kraftwerke und Reedereien sowie chemische Fabriken. Der Jahresumsatz übersteigt 20 Mrd. Fmk (rd. 400 Mill. DM). Im Aufsichtsrat sitzen Politiker aller Richtungen, sein Präsident ist der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei.

Obwohl der Staat noch über einen weiteren bedeutenden Holzkonzern verfügt, nämlich die Veitsiluoto AG, befindet sich der größte Teil der finnischen Holzveredelungsindustrie in der Hand privater Konzerne (Kymmene, Ahlström, Rosenlew, Serlachius, Kaukas). Unter der Bevölkerung wird eine rege Propaganda für die Verstaatlichung auch dieser Konzerne getrieben. Man argumentiert damit, daß das finnische Volk über die Verdelung seines einzigen großen Rohstoffes, des Holzes, selbst verfügen müsse. Schon frühzeitig war es gelungen, durch Sondergesetze den Waldbesitz der privaten Industrie zu beschränken und so die Preisbildung auf dem Rohholzmarkt unter Staatskontrolle zu behalten. Auch der Außenhandel mit Holz unterliegt starken staatlichen Eingriffen, obwohl im Holzwarenexport die privaten Firmen vorherrschen. Die restlose Außenhandelskontrolle und die Wechselkursdifferenzierung wirken sich so aus, daß die Zentralbank die finnischen Holzexporteure faktisch einer Sondersteuer von 30 % unterwirft, indem sie die von ihnen verdienten Devisen zu einem zu niedrigen Wechselkurs umrechnet. Auf diese Weise ist die Verbesserung der „terms of trade" in den letzten Jahren keineswegs der privaten Holzwirtschaft zugute gekommen, und sie konnte deshalb auch nicht die Neuinvestitionen vornehmen, die die gute internationale Marktlage an sich verlangt und ermöglicht hätte. Es ergibt sich deshalb die merkwürdige Sachlage, daß mitten in einer guten internationalen Konjunktur für Holzveredelungsprodukte eine beträchtliche Arbeitslosigkeit unter den finnischen Holzarbeitern besteht. Die Arbeitslosen müssen vom Staat auf hoher Lohnebene aus Steuermitteln unterhalten werden.

ERZBERGBAU UND EISENSCHAFFENDE INDUSTRIE

Dieselbe Entwicklung erleben wir auch in dem zweiten großen Wirtschaftszweig, in dem aus geschichtlichen Gründen der Staatsinitiative eine wichtige Rolle zugefallen ist, nämlich im Erzbergbau und in der eisenschaffenden Industrie. Die Kupfergewinnung durch den Konzern Outokumpu AG wird völlig in staatlicher Regie betrieben. Etwa 1 Mill. t Roherz werden jährlich aus sieben Gruben gefördert und bilden die Grundlage für die jährliche Produktion von 30 000 t Rohkupfer. Auch kleinere Mengen Gold, Silber, Zink und andere Metalle werden gewonnen. Das finnische Kupfer spielte besonders im Rahmen der Reparationslieferungen an die Sowjetunion — vor allem während der Koreakrise — eine große Rolle. Das Veredelungswerk des Kupferkonzerns — Harjavalta am Kumo-Strom in Südwest-Finnland — ist hochmodern ausgerüstet, ebenso die Kathodenkupferfabrik in Björneborg (Pori). Der Konzern betreibt eine umfassende Erzmutung. Im Aufsichtsrat sitzt auch hier eine Anzahl führender Politiker aller Parteien: der frühere Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, der Präsident des Reichstags, der Finanzminister, der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, ein leitender Direktor der Staatsbank u. a.

Die Eisengewinnung war früher in Südfinnland konzentriert und interessierte schon im 15. Jahrhundert die Regierung in Stockholm. Jede Initiative konnte auf staatliche Förderung rechnen. Das Erz der südfinnischen Vorkommen wurde mit Hilfe von Holzkohle geschmolzen. Später wurde das sogenannte Seenerz verwendet; wegen des niedrigen Fe-Gehaltes wurden aber um 1900 der eigene Erzabbau und die Verhüttung aufgegeben, und die eisenverarbeitende Industrie ging ganz zum Import über. Erst die Finnische Republik erachtete es wieder als Staatsinteresse, den Abbau von Erzen im eigenen Lande zu fördern. Gleichzeitig wurde eine private Gesellschaft zur Gewinnung von Eisen auf elektrolytischem Wege aus den Kiesabbränden der staatlichen Kupferindustrie gegründet. Schrott war jedoch für die Eisenerzeugung der Hauptrohstoff, bis der Staat mit der Gründung der AG Otanmäki die Erzförderung wieder in Gang brachte, diesmal aber auf der Grundlage der Vorkommen in Mittelfinnland. Obwohl weder die Standortsfaktoren noch der Fe-Gehalt des Erzes einen rentablen Betrieb der Gruben zu gestatten scheinen, plant man einen gewaltigen Ausbau der Erzförderung, der von seiten der Privatwirtschaft heftig kritisiert wird.

Die politisch ausgerichtete Konzernführung hat kürzlich einen Staatszuschuß von 16,5 Mrd. Fmk (300 Mill. DM) für die Errichtung einer neuen Eisenhütte für 115 000 t Roheisen Jahresdurchsatz, eines Stahlwerkes für 135 000 t Walzwerkserzeugnisse und eines weiteren Walzwerkes für die Herstellung von 100 000 t Grobblechen beantragt. Mit der Errichtung dieser Werke sollen die Firmen Krupp in Essen und Moeller & Neumann im Saarland beauftragt werden, falls der Antrag die Unterstützung des Parlamentes findet. Die finnnische Regierung ist in Anbetracht der oben geschilderten Lage auf dem Arbeitsmarkt an diesem Projekt sehr interessiert. Da eine Umbildung der Regie-

rung kaum ihre Koalitionsbasis aus der Sozialdemokratie und der Bauernpartei ändern kann, ist die Zustimmung der Reichstagsmajorität durchaus wahrscheinlich. Die Bauzeit wird auf 4—5 Jahre veranschlagt. Die bedeutende private Eisenindustrie in Finnland, die schon seit einem Jahr mit Kapazitätserweiterungen größeren Stils beschäftigt ist, kritisierte die geplante Erweiterung der Staatsbetriebe heftig, und im Zusammenhang mit der permanenten Regierungskrise, die durch die fortlaufende inflationistische Wirtschaftspolitik verursacht wird, schloß sich dieser Kritik eine wachsende Opposition an.

ENERGIEVERSORGUNG

Der dritte Wirtschaftsbereich, in dem staatliche Unternehmungen dominieren, ist die Erzeugung von elektrischer Energie. Das Privatkapital hatte auf diesem Gebiet wenig Möglichkeiten, weil die finnischen Flüsse zwar große Wassermengen führen, aber ein sehr geringes Gefälle haben, so daß für die Ausnutzung der Wasserkraft ein großer Kapitaleinsatz notwendig ist, der bei dem traditionell hohen Zinssatz in Finnland (um 10 %) für die Privatwirtschaft nicht aufzubringen ist. Unter diesen Umständen kann man wohl folgern, daß die Energieerzeugung, ähnlich wie der Eisenbahnbetrieb, von Anfang an eine natürliche Aufgabe des Staates darstellte.

Nach dem Kriege wurde die Energieversorgung wesentlich beeinträchtigt, da Finnland sein zweitgrößtes Kraftwerk — Ruohikoski — und alle Wasserfälle des Wuoksi-Stroms unterhalb Imatra an die Sowjetunion abtreten mußte. Dieses finnische Zentralkraftwerk, das einem staatlichen Energiekonzern gehörte, hat früher fast ganz Südfinnland mit Energie versorgt. Erst neuerdings wurden die gewaltigen Überlandleitungen fertiggestellt, die die Kraftwerke in Süd- und Nordfinnland über eine Luftlinienentfernung von 1000 km verbinden. Der größte und wasserreichste Strom Finnlands, der Kemijoki, ist in Lappland; sein Ausbau, bei dem die ganze Landschaft ihr Gesicht verändern wird, ist bereits im Gange und stellt der staatlichen Unternehmerinitiative gewaltige Aufgaben. Man ist sich aber schon darüber im klaren, daß die Wasserkräfte Finnlands niemals völlig zur Deckung des steigenden Energiebedarfs ausreichen werden. Schon jetzt werden bei ungünstigen Wasserverhältnissen Reservekraftwerke, die auf der Basis von importierter Kohle arbeiten oder Holz als Brennstoffe verwenden, eingesetzt. Es ist deshalb kein Wunder, daß man sich in Finnland stark für die Ausnutzung der Atomkraft interessiert, zumal ausreichende Uranvorkommen vorhanden sein sollen.

ANDERE INDUSTRIEZWEIGE

Der Staat hat sich aber neuerdings auch in die Heizölversorgung und in die chemische Industrie eingeschaltet. Eine staatliche Stickstoffabrik mit einer Jahreskapazität von 16 000 t reinem Stickstoff soll auf das Doppelte ihrer Kapazität gebracht werden. Aufsichtsratspräsident dieser Gesellschaft ist der Reichstagspräsident, der der Bauernpartei angehört. Reichstagsabgeordnete — meist von der Sozialdemokratischen Partei und der Bauernpartei — sitzen in Vorstand und Aufsichtsrat der großen staatlichen Schwefelsäure- und Superphosphatfabrik und in der Leitung der neuen Torfgewinnungsindustrie. Viele andere Fälle der Politisierung der Wirtschaft könnten genannt werden.

In Anbetracht dieser gewaltigen Aufgaben des Staates, und wenn man bedenkt, daß das Straßennetz in Finnland dringend einer Verbesserung bedarf, die bisher versäumt wurde, scheint es berechtigt, wenn die Kritik an den vielfältigen nebensächlichen Engagements des Staates immer heftiger wird. Neben seinem Engagement im Erzbergbau und in der eisenschaffenden Industrie hat der Staat den Riesenkonzern Valmet AG gegründet, der Maschinenfabriken aller Art sowie Werften besitzt. Die Lieferungen dieser Betriebe werden zum größten Teil von der Sowjetunion übernommen.

ALKOHOLMONOPOL UND SONDERVERMÖGEN

Eine eigenartige Zwischenstellung unter den staatlichen Gesellschaften nimmt das Alkoholmonopol ein, das auch in der Form einer Aktiengesellschaft organisiert wurde. Während das „Aktienkapital" auf nur 960 Mill. Fmk (18 Mill. DM) festgesetzt wurde, beträgt die „Dividende", die in voller Höhe dem Staat zufällt, rd. 13 Mrd. Fmk (240 Mill. DM). Dabei ist der Staat am Alkoholabsatz außerdem in Form von Steuern mit rd. 7 Mrd. Fmk beteiligt. Das Monopol verfügt über eine Reihe eigener Fabriken und hat ein Dutzend Tochtergesellschaften aller Art, während nur zwei private Firmen mit einer Lizenz der Monopolverwaltung arbeiten, die ihr einziger Abnehmer ist. Das Monopol betreibt rd. 100 Verkaufsstellen und über 500 Restaurants in eigener Regie, besitzt aber außerdem noch die Majorität in einem Restauranttrust, der sogar in New York ein Restaurant unterhält (Finland House Corp.). Ferner gehört die „Finnish American Trade Corp." dem Alkoholmonopol. Der gesamte Binnen- und Außenhandel mit Alkoholwaren aller Art einschließlich Wein und Bier untersteht dem Monopol. Die jährliche Weineinfuhr beträgt z. Z. rd. 5 Mill. Liter, 70 % davon stammen aus Frankreich und Spanien. Die Produktion an einheimischen Frucht- und Beerenweinen erreicht nur etwa die Hälfte der importierten Mengen. Der Bierverbrauch in Finnland beträgt etwa 30 Mill. Liter jährlich, die Herstellung von Rohspiritus etwa 25 Mill. Liter, wobei Holz der wichtigste Grundstoff ist. Die Leitung des Monopols, das einen Staat im Staate darstellt, setzt sich aus Politikern aller Richtungen zusammen, Generaldirektor ist der Staatsminister K. A. Fagerholm. Bei dem mißlungenen Versuch der Errichtung eines Holzzuckerwerkes hat das Monopol Milliardenverluste gemacht, die aber neben den gewaltigen Monopoleinnahmen nicht allzu stark ins Gewicht fielen. Wenn man bei der Diskussion um die Rentabilität der staatlichen Aktiengesellschaften mit der „Durchschnittsdividende" arbeitet, die recht günstig aussieht, darf man nicht vergessen, daß die in Wirklichkeit großen Verluste der übrigen Staatsunternehmungen allein durch die Riesenprofite des Alkoholmonopols, die nicht weniger als 1350 % des Stammkapitals der Alkoholgesellschaft ausmachen, überkompensiert werden.

Die weitere Gruppe der staatlichen Unternehmungen sind die zahlreichen Gründungen der etwa 1700 staatlichen Sondervermögen, die nicht über den allgemei-

nen Staatshaushalt abgerechnet werden. Diese Sondervermögen verdanken ihre Existenz den verschiedensten wirtschaftspolitischen Einfällen und werden meist von kleinen Ausschüssen souverän verwaltet. Der Reichstag entscheidet nur über Neubewilligungen, nicht über die Verwaltung der eigenen Mittel dieser Sondervermögen, deren Kapital mit fast 200 Mrd. Fmk (4 Mrd. DM) angegeben wird. Neben dem obenerwähnten Aktienfonds sind die wichtigsten Sondervermögen der staatliche Anleihefonds und der Ansiedlungsfonds.

Eine letzte Gruppe staatlicher Unternehmungen kann man in den Sozialversicherungsanstalten sehen, besonders auch in der Volkspensionsanstalt, die über Rücklagen in Höhe von rd. 70 Mrd. Fmk (1,3 Mrd. DM) verfügt. Aus diesen Mitteln werden besonders die staatlichen Kraftwerke finanziert.

ORGANISATION DER STAATSUNTERNEHMEN

Die Zahl der eigentlichen Staatsbetriebe wird gegenwärtig auf etwa 230 veranschlagt. Zu ihnen sind die Eisenbahnen, das Post- und Fernmeldewesen mit den dazugehörigen Einrichtungen wie Kraftpost usw., die Wasserstraßen, Verteidigungseinrichtungen und dergleichen zu rechnen. Genannt ist schon die Forstverwaltung mit ihren 81 Revieren und 1755 Lieferbezirken, ihren Exporteinrichtungen, Verwaltungs- und Verwertungsorganisationen. Auch die landwirtschaftlichen Betriebe des Staates gehören hierher, ferner Margarinefabriken, Molkereien, Druckereien usw.

Die Zahl der staatlichen oder vom Staat beherrschten Aktiengesellschaften beträgt rund 100. Sie unterscheiden sich von privaten Aktiengesellschaften hauptsächlich dadurch, daß eine Hauptversammlung nicht stattfindet, die ja auch sinnlos wäre, da der Staat über die absolute Mehrheit in diesem Gremium verfügen würde. Während in den Vorständen auch Fachleute sitzen, sind die Aufsichtsratsposten meist mit Parlamentariern besetzt, so daß Entscheidungen über die Geschäftspolitik oft im kleinsten — politischen — Kreise gefällt werden. Die Finanzierung dieser Unternehmungen erfolgt meist durch direkte Bewilligung von Haushaltsmitteln durch den Reichstag oder aber durch Mittel der staatlichen Sondervermögen. In beiden Fällen ist die weitere Verwendung der Mittel innerhalb der Aktiengesellschaften der öffentlichen Kontrolle entzogen.

Der Übersicht wegen wurden alle Aktien, die sich in Staatsbesitz befinden, buchmäßig in einem sogenannten Aktienfonds zusammengefaßt. Bei dieser Rechnungslegung werden aber nur die Nominalwerte der Aktien berücksichtigt, die wegen der starken Inflationierung der finnischen Währung in den letzten Jahren nur einen Bruchteil des inneren Wertes der Aktien darstellen, was bei einer Beurteilung der Staatsbeteiligung an den finnischen Aktiengesellschaften nicht übersehen werden darf.

MITTELBARE STAATSEINGRIFFE

Neben der unmittelbaren Staatsinitiative hat auch die indirekte Beeinflussung der Wirtschaft durch den Staat stark zugenommen. Rund 37 % des finnischen Bruttosozialproduktes fließen dem Staat zu. Ein Drittel dieses Geldstromes kehrt im Wege von Einkommensübertragungen in den privaten Sektor zurück. Die Landwirtschaft wird auf jede Weise mit Subventionen, Prämien, Darlehen usw. unterstützt, wobei die hohen Butterexportprämien zu den umstrittensten Maßnahmen zählen. Im Interesse der Regulierung der Getreidepreise wurde der gesamte Getreidehandel zu einem Staatsmonopol gemacht. Der Wohnungsbau wird ebenfalls durch ein Prämiierungssystem unterstützt, in den Großstädten wurde die Mietenkontrolle und die Wohnraumbewirtschaftung beibehalten. Für die Arbeitslosenunterstützung mußten in diesem Jahre 40 Mrd. Fmk (750 Mill. DM) bewilligt werden. Die Volkspension wurde weit über das wirtschaftlich Mögliche hinaus erhöht, so daß der Staat zeitweilig die Zahlungen einstellen mußte. Der Staat betreibt eine von der Zentralbank unabhängige Zinspolitik und hat im vorigen Jahr das Recht für sich beansprucht, steuerbegünstigte Staatspapiere auszugeben, die durch eine Bindung an den Lebenshaltungskostenindex gegen Währungsverluste gesichtert sind, was den privaten Geldmarkt erheblich beeinträchtigte. Zu hohe Staatsausgaben für Konsum und Investitionen und der Lohnrutsch, der durch einen Generalstreik erzwungen wurde, brachten der Inflation starken Auftrieb. In Anbetracht der sowieso schon überhohen Steuerlast war eine Steuererhöhung ausgeschlossen, und der Staat mußte schließlich zu einem teilweisen Moratorium schreiten, woraus die gegenwärtige Regierungskrise entstand.

Zum 70jährigen Bestehen der Hamburger Kaffeebörse

Dr. Otto Patow, Hamburg

In der Bundesrepublik Deutschland wurden im Jahre 1956 genau 2 250 534 Sack Rohkaffee zu je 60 kg verzollt und dem Verbrauch zugeführt. Von dieser beachtlichen Menge, die immerhin einen Wert von rd. 1 Mrd. DM repräsentiert, gingen 75 % über Hamburg ein. Von den restlichen 25 % wurden die meisten Säcke in unserer Schwesterstadt Bremen gelöscht. Und in diesem Verhältnis etwa bewegten sich die Einfuhrzahlen schon seit vielen Jahrzehnten. Hamburg ist seit eh und je der weitaus bedeutendste Kaffee-Einfuhrplatz. Hier haben die meisten Kaffeeimportfirmen ihren Sitz, hier laufen täglich bei den zahlreichen Cif-Agenten die Offerten der überseeischen Kaffee-Exporteure, die der Fachmann Ablader nennt, zusammen, und hier bildet sich durch Angebot und Nachfrage der Markt.

Seit Ende des 18. Jahrhunderts wurde der Kaffee, den man bis dahin noch als ein Luxusgetränk ansah, mehr und mehr zum Volksgetränk. Damals befand sich der Hauptmarkt noch in London. Aber auch in Hamburg entwickelte sich bald ein, wenn zunächst auch noch von London abhängiger Markt. Die Preise für Roh-